

## Streit um Bremer Umweltzone

Aussetzung der dritten Stufe steht in der Bürgerschaft zur Abstimmung

BREMEN. Am 1. Juli steht eigentlich planmäßig eine Verschärfung der Bremer Umweltzone bevor. In dieser Woche stellte Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) jedoch ebenso wie die Handelskammer, CDU und FDP die geltende Regelung infrage und plädierte für eine Aussetzung der Regelung.

Kritik ernteten die Verantwortlichen dafür vom Bremer Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Wer das fordert, muss aber auch sagen, wie ohne Umweltzone die Schadstoffgrenzwerte

in Bremen für Feinstaub und Stickstoffdioxid eingehalten werden sollen“, sagt Georg Wietschorke, stellvertretender Geschäftsführer des Bremer Verbandes. „Offensichtlich ist in den Köpfen nicht hängen geblieben, dass die Umweltzone eingerichtet wurde, weil eben Grenzwerte überschritten wurden und Bremen durch diese Maßnahme ein Vertragsverletzungsverfahren seitens der Europäischen Union mit hohen Strafzahlungen vermieden hat. Alternativen wären weitaus

Fahrverbote bei dicker Luft oder aber auch eine City-Maut gewesen“, so der Umwelt-Experte weiter.

Die FDP fordert statt der vorübergehenden Aussetzung sogar drastischere Schritte: In einem Antrag für die Bürgerschaft verlangt die Partei die endgültige Abschaffung der Zone. „Modernere Autos und beendet Baustellen sind für sinkende Feinstaubwerte verantwortlich. Die Umweltzone dient nur dem grünen Image des Verkehrssenators und schadet Wirtschaft und Beschäftigung

in der Innenstadt“, begründete der FDP-Vorsitzende Oliver Möllenstädt die Ausrichtung seiner Partei.

Am 10. Mai wird die Bürgerschaft über den Antrag abstimmen, auf die dritte Stufe der Umweltzone in der Hansestadt zu verzichten. Der BUND wirft Wirtschaftssenator Günthner vor, mit dem Thema bei den Autofahrern auf Stimmenfang zu gehen und erwartet vom Bremer Senat ein „klares Votum für den Erhalt der Umweltzone, solange in Bremen die Luft nicht sauber ist“.

(TWR)